

mittendrin

Ausgabe 07-08 / 2017 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding



Stephan Rauhut und Dietmar Bartsch und das Wahlteam der LINKEN aus Mitte

Am 24. September ist Bundestagswahl!
Erststimme für Stephan Rauhut und die
Zweitstimme für **DIE LINKE!**

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9-16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Interview mit Stephan Rauhut

unserem Direktkandidaten im Wahlkreis Mitte

• *Steve, Du kandidierst für DIE LINKE zur Bundestagswahl. In knapp drei Monaten ist es soweit. Wie geht es Euch jetzt im Wahlkampf?*

Ich freue mich, dass ich mit einem hoch motivierten Team zusammen arbeiten kann. Wir wollen einen inhaltsreichen und zugleich kreativen Wahlkampf führen.

• *Was sind für Dich die wichtigsten Themen, mit denen Du die Wähler*innen überzeugen willst?*

Wir haben ein Gerechtigkeitsproblem in Deutschland. Gerechtigkeit bedeutet vor allem Teilhabe- und Beteiligungsgerechtigkeit, die momentan überhaupt nicht gegeben ist. Sehr viele Menschen fühlen sich abgehängt. Wir müssen deswegen ganz neue Wege gehen.

• *Kannst Du Beispiele dafür geben, was sind Deine Ideen?*

Es kann nicht sein, dass viele Menschen aus Ihren Wohnungen aufgrund der Mietsteigerung vertrieben werden oder teilweise mehr als 70% ihres monatlichen Einkommens für die Miete ausgeben müssen. Wir wollen hier zukünftig auf einen Wert von maximal 30% kommen. Wir brauchen endlich eine Mietpreisbremse, die Mieten wirklich bremst, ja sogar reduziert. Die Einhaltung der Mietpreisbremse muss kontrolliert werden, die zahllosen Ausnahmen gehören abgeschafft. Zur Berechnung des Mietspiegels müssen alle Mieten herangezogen werden. Nicht nur die teuren der letzten Jahre. Modernisierungen dürfen nicht auf Kosten der Mieter*innen geschehen, deswegen gehört die Sanierungsumlage abgeschafft.

• *Die Schere zwischen arm und reich öffnet sich immer weiter, das Thema Arbeit bewegt viele Menschen. Wo siehst Du den größten Handlungsbedarf, um diesem Auseinanderdriften unserer Gesellschaft wirksam zu begegnen?*

Wenn der Lohn einer Vollzeitstelle nicht mehr zum Lebensunterhalt reicht, läuft etwas gewaltig schief. Wir brauchen einen Mindestlohn, von dem man leben kann für alle. Die von uns als LINKE geforderten 12,00 Euro sind ein guter Anfang. Das System ALG II hat nie zum Wohl der Menschen funktioniert, sondern nur zu menschenunwürdigen Verhältnissen geführt. Es gehört abgeschafft. Eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro würde für erwerbslose Menschen ein großer Schritt in Richtung eines würdevollen und selbstbestimmten Lebens bedeuten.

• *Das hört sich alles sehr ambitioniert an. Aber natürlich werden sich viele fragen, wie all dies finanziert werden soll.*

Es ist meine Überzeugung, dass es eine gesellschaftliche Verantwortung der Wohlhabenden für ein solidarisches Miteinander in unserer Gesellschaft gibt. Mit einer Besteuerung hoher Einkommen und hoher Vermögen würden wir mehr als 100 Milliarden Euro zusätzlicher Steuereinnahmen erreichen. 5% Vermögensteuer auf alle Vermögen oberhalb von 1 Mio. Euro bringen alleine 80 Milliarden Euro pro Jahr. Auch die Reichensteuer darf kein Tabu sein: 60% ab rund 260.000 Euro, 75% auf Einkommen oberhalb von 1 Million Euro sind ein angemessener Beitrag zu einer gerechteren Gesellschaft. Auch der Spitzensteuersatz für Gehälter oberhalb von 82.000 Euro pro Jahr trägt hierzu bei.



Stephan Rauhut, Direktkandidat der LINKEN in Berlin-Mitte und auf Platz 8 der Landesliste der Berliner LINKEN

• *Viele Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, sind von Altersarmut betroffen. Eine Entwicklung, die immer weiter zunimmt. Wie kann man hier gegensteuern?*

Da möchte ich zunächst einmal von einem persönlichen Beispiel erzählen: Mein Vater hat noch mit weit über 80 Jahren in einer Schule als Hausmeister in Teilzeit gearbeitet, weil seine Rente nach 40 Berufsjahren nicht ausgereicht hat. Das kann einfach nicht sein! Wir brauchen eine solidarische Mindestrente. Die von uns als LINKE geforderte solidarische Mindestrente von 1.050 Euro ist ein überfälliges wirksames Mittel gegen Altersarmut. Die Rente mit 67 gehört auch schnellstens abgeschafft. Kein Mensch möchte bis zum Umfallen arbeiten. Bei 40 und mehr Berufsjahren muss die Rente bei 60 beginnen. Und für alle anderen muss gelten: Ab 65 Jahren abschlagsfrei in die Rente.

Steve, vielen Dank für dieses interessante Gespräch. Es wäre toll, wenn Du mit diesen Positionen eine Mehrheit der Menschen in Deinem Wahlkreis gewinnen kannst.



Der Bezirk Mitte ist der mit den meisten Brücken (124) in Berlin (Gesamt: 916).

Gleichzeitig leben in Mitte die meisten der geschätzt 8.000-10.000 Obdachlosen der Stadt. Mit den Brücken hat dies nicht unmittelbar zu tun, eher schon mit dem speziellen Mix der hier vorherrschenden Flächennutzung aus Verkehr, Freizeit und Erholung und öffentlichen Gebäuden, der relative Rückzugsmöglichkeiten auf niedrigstem Niveau bietet.

(Quellen: rbb, Amt für Statistik in Berlin)

Ich wähle die Partei DIE LINKE ...



... weil ich große Angst vor Altersarmut habe. Mit der Rente bzw. der Grundsicherung wäre nicht einmal eine ausgewogene und gesunde Ernährung möglich, geschweige denn der Erhalt des Lebensstandards. Ich hoffe auf das bedingungslose Grundeinkommen in Höhe von derzeit 1050 Euro, wie im Wahlprogramm der Partei DIE LINKE deklariert. Damit wäre ein Auskommen auch im Alter möglich.

Erika Patzer



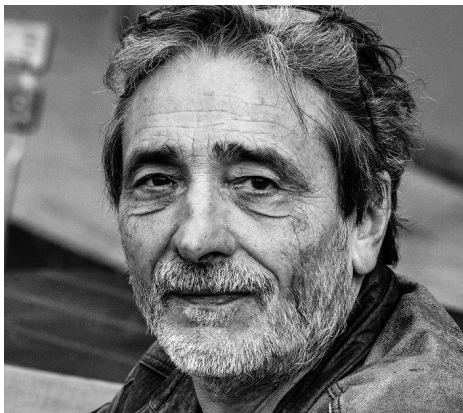
... weil ich in einer friedlichen Welt leben möchte, weil ich für unsere Kinder eine friedliche, soziale und gerechte Welt zurücklassen möchte. Um das verwirklichen zu können, hat DIE LINKE ein richtiges Wahlprogramm. Es ist gegen weltweite Wetrüstung, gegen Waffenverkauf, gegen Ungerechtigkeit und Ausgrenzung. Diese Partei setzt sich für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit ein.

Kadriye Karci



... weil sie sich für Direkte Demokratie durch Volksabstimmungen einsetzt. Diese führen zudem häufig zur Umsetzung progressiver Politiken, die vielen helfen und nicht nur ganz wenigen. Alle Menschen, die sich als Teil dieser Gesellschaft verstehen, müssen das Recht haben, mitentscheiden zu dürfen. Der Wille einer Gesellschaft sollte bei Entscheidungen stets so gut wie möglich abgebildet werden.

Stefan Böhme



... weil ich eine Utopie wähle, von der ich mir wünsche und glaube, dass sie von den richtigen Menschen für mich vertreten wird. In meinem eigenen Alltag versuche ich mit meinen eigenen Möglichkeiten, diese Utopie voranzutreiben, wie ich es für richtig halte und vertraue darauf, dass diejenigen, die ich gewählt habe, dasselbe tun.

Orlando El Mondry



... weil sie mit ihrer sozial-pazifistischen Vision als einzige Partei in der Lage ist, ein an sozialer Gerechtigkeit orientiertes Gegengewicht gegen rechtsextreme und rassistische Demagogie zu bilden. Zudem nimmt sie keine Parteispenden von Konzernen an. Als Humanistin ist sie für mich in der heutigen Zeit die einzige Wahl.

Zhana Jule Jung



... weil sie die einzige Partei ist, die sich für grundlegende Änderungen für die Lohnabhängigen einsetzt. Egal ob Mann oder Frau, egal ob Ost oder West, jeder muss von seiner Arbeit leben können. Zudem vergisst DIE LINKE nicht, dass die Gewalttaten des Kapitals nur mit der ökonomischen Umgestaltung der Gesellschaft zu beseitigen sind.

Melanie Rott

Sprechstunde zu Datenschutz und Computersicherheit

Was kann man tun, um seine Kommunikation und seine Daten zu schützen? Einmal im Monat beraten Hannes Hauswedell und Felix Heeger ab sofort zu den Themen Datensicherheit, Schutz vor Überwachung und Computerviren, Verschlüsselung, Vorratsdatenspeicherung oder sicherer Kommunikation. Die beiden Mitglieder der BO Roter Wedding sind in der LAG Netzpolitik aktiv und helfen, sich im Datenschungel zurechtzufinden und gegebenenfalls auch Schutzprogramme zu installieren.

Das neue Angebot richtet sich an alle, die einen Computer, Laptop oder ein mobiles Endgerät besitzen und sich informieren oder schützen wollen. Technisches Wissen wird nicht vorausgesetzt – einfach vorbeikommen und das betreffende Gerät mitbringen!

Jeden 2. Donnerstag im Linkstreff, zwischen 19 und 21 Uhr, in der Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin

Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle.

Die Zukunft, für die wir kämpfen

Kernpunkte des Bundestagswahlprogramms der Partei DIE LINKE.



„Nobel“ und „Sozial“ – zwei Klassen im Wohnen?

Wohnen ist Menschenrecht

DIE LINKE will dafür sorgen, dass jährlich mindestens 250 000 Sozialwohnungen gebaut oder angekauft werden – vor allem mithilfe eines neuen gemeinnützigen Sektors im Wohnungsmarkt. Mieter*innenschutz und Milieuschutzordnungen wollen wir ausweiten. Die wirkungslose „Mietpreisbremse“ muss durch flächendeckende, unbefristete Maßnahmen zur Mietendeckelung ersetzt werden. Ökologische Sanierungen dürfen nicht zulasten der Mieter*innen gehen.

Für echten sozialen Wohnungsbau und Mieter*innenschutz!



Militärwerbung in der Georgenstraße?

Nein zum Krieg

Wir wollen Auslandseinsätze beenden, Rüstungsexporte verbieten und den Einsatz der Bundeswehr im Innern sowie die Rekrutierung Minderjähriger stoppen. Wir setzen auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen, des Völkerrechts und der Vereinten Nationen. Anstatt Flüchtende zu bekämpfen und deren Fluchtwege zu blockieren, will **DIE LINKE** die Ursachen von Flucht und Vertreibung durch Schaffung gerechter Handels- und Wirtschaftsbeziehungen bekämpfen.

Für eine demokratische und gerechte Welt, gegen die Vorherrschaft des Militärischen!



Demokratisches Europa ohne Bankenallmacht!

Unser Platz in Europa

DIE LINKE steht für ein soziales und demokratisches Europa von unten statt einer neoliberalen EU. Wir kämpfen für gemeinsame europäische Lohn-, Sozial- und Umweltstandards, die nicht durch Handelsabkommen aufgeweicht werden dürfen. Als einzige Partei im Bundestag, die keine Konzernspenden annimmt, streiten wir für die Begrenzung des Lobbyismus. Die politischen Institutionen und die Wirtschaft in EU und Bundesrepublik wollen wir grundlegend demokratisieren und die Bürgerrechte stärken.

Für mehr Demokratie in Deutschland und Europa!

Entschlossen gegen den Rechtsruck

DIE LINKE beteiligt sich am Widerstand gegen Naziaufmärsche, gegen rassistische und antisemitische Angriffe und unterstützt zivilgesellschaftliche Bündnisse gegen Rechts. Wir wollen die Flüchtlingshilfe stärken, eine humanitäre Flüchtlingspolitik umsetzen und fordern die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl. Als wirksamstes Mittel gegen den erstarken Rechtspopulismus von AfD, Pegida und Co. treten wir für mehr Demokratie und soziale Sicherheit ein.

Antifaschismus und Antirassismus sind gelebte Demokratie!



Die Menschenrechte gelten für alle!

Die Arbeit ist für das Leben da

Wir kämpfen für ein neues Normalarbeitsverhältnis, das allen Beschäftigten soziale Sicherheit ermöglicht und auf individuelle Lebenslagen Rücksicht nimmt. Arbeit darf nicht krank machen, sie muss planbar und mit der Familie vereinbar sein. Dafür wollen wir den Mindestlohn auf 12 Euro erhöhen und jährlich anheben, Befristungen einschränken, Leiharbeit abschaffen, die Rechte der Gewerkschaften stärken und langfristig eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich durchsetzen.



Von jeder Arbeit muss man leben können!

Gute Arbeit und gute Löhne für alle!

Soziale Sicherheit in allen Lebensphasen

Wir finden uns nicht damit ab, dass in einem der reichsten Länder der Welt Menschen dauerhaft in Armut leben. Das Hartz IV-System wollen wir durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen, eine eigenständige Grundsicherung für Kinder einführen und sicherstellen, dass eine gesetzliche Rente ab 65 Jahren wieder wirksam vor Altersarmut schützt. Unterschiedliche Familienformen wollen wir gleichermaßen fördern und die öffentliche soziale Infrastruktur durch Investitionen stärken.



Immer mehr Arme im reichen Deutschland!

Für einen wirksamen Schutz vor Armut!

Autor: Markus Wollina



Wenig überraschend dominieren bei der Flächennutzung in Mitte vor allem die Bereiche Verkehr (23,6%), Erholung (18,2%) und Gebäude öffentlicher Zwecke (14,3%). Im Schnitt kommt Berlin hier nur auf 14,9%, 12% und 4,9%. Wohnen ist mit 19,6% Flächenanteil in Mitte unterdurchschnittlich besetzt (Berlin: 24,1%). Dafür, oder deswegen (!) steigen in Mitte die Mietpreise: Berlinweiter Spitzenreiter ist Alt-Mitte mit aktuell 15,96 €/m² im Schnitt.

(Quelle: Amt für Statistik in Berlin, Mietspiegel 2017 Berlin)



Baldiger Abschied für Tegel!

In der rot-rot-grünen Koalitionsvereinbarung heißt es: Im Interesse der Lärm-entlastung breiter Bevölkerungsschichten und wegen der Auflagen in der Planfeststellung des BER wird der Flughafen Tegel geschlossen. Doch die Opposition plant einen Volksentscheid gegen die Pläne des Senats. Kommt sie damit durch?

Es gibt genügend Beispiele, die zeigen, dass Flughäfen inmitten einer Stadt nichts zu suchen haben, erst recht nicht in einer Großstadt.

In den 90er Jahren bestand ein breiter gesellschaftlicher und politischer Konsens,

solche Katastrophen und Gefährdungen wie in Amsterdam 1992, New York 2001 oder Bischkek 2017, aber auch die Belastungen durch den wachsenden Luftverkehr aus der Millionenstadt zu verbannen. Er mündete in einem rechtlich verbindlichen Planfeststellungsbeschluss, den 2006 auch das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig bestätigte.

Was macht eigentlich Tegel so attraktiv? Stundenlanges Warten auf das Gepäck? Verspätete Starts und Landungen? Kleine, enge Abfertigungsbereiche?

Ein Weiterbetrieb dieses Flughafens als allgemeiner Verkehrsflughafen würde

Investitionen erforderlich machen, welche die Milliardengrenze sicher überschreiten. Sozusagen ein BER 2. Das kann niemand wollen.

Aber vielleicht geht es auch gar nicht darum bei FDP und CDU. Vielleicht geht es ihnen eher um eine künftige Nutzung für Privat-, Geschäfts- und Frachtflieger, sozusagen um eine Zukunft als elitärer Flugplatz mitten in der Stadt. Das wäre natürlich eine Verhöhnung all jener, die kürzlich auch angesichts vermeintlich günstiger Anreisewege zum Urlaubsflieger für einen Fortbetrieb Tegels gestimmt hatten.

Rainer Scholz

Die Thusnelda-Allee, unweit des U-Bahnhofs Turmstraße, ist mit 50 Metern Länge die kürzeste Allee Berlins. Besucher sollten sich allerdings auf die dortige Drogen- und Stricherszene einstellen, die sich in den letzten zwei Jahren entwickelt hat. Mangels Arbeitserlaubnis, die drohende Abschiebung vor Augen, sind leider auch zunehmend Geflüchtete darunter.

(Quellen: Wikipedia, Moabit hilft e.V.)



Startbilanz von Rot-Rot-Grün – positiv

So neu das Dreierbündnis ist, in dem wir uns miteinander darauf geeinigt haben, mit den Menschen für die Stadt Politik zu machen, so anstrengend und zugleich gut waren die ersten Monate. Unser Koalitionsvertrag stellt hohe Ansprüche, wir selbst schrauben sie oft



noch höher. Aber klar ist: Wir arbeiten anders miteinander und wir schaffen es, Konflikte auszuhalten, auszutragen und zu lösen.

Der Koalitionsausschuss ist ein wichtiges und vor allem ein richtiges Arbeitsgremium geworden. Wir verwalten nicht, sondern gestalten. Wir fassen an, was jahrelang verschleppt wurde oder in die falsche Richtung lief.

Mit einem sogenannten Vorschaltgesetz hat die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lomscher, Sofortmaßnahmen ergriffen, um Mieterinnen



und Mieter von Sozialwohnungen vor Mieterhöhungen zu schützen. Mieterhöhungen bei Sozialwohnungen wurden ausgesetzt.

Mit unserer klaren Ablehnung, den Flughafen Tegel nach der Eröffnung des BER noch offen zu halten, entscheiden wir für die Anwohnerinnen und Anwohner, die durch Lärm und Schadstoffe belastet werden.

Unsere Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Elke Breitenbach, hat sich



sofort an die Einlösung des Versprechens gemacht, Geflüchtete aus den Notunterkünften zu holen und die Notunterkünfte sukzessive zu schließen. In den kommenden Jahren werden weitere Flüchtlingsunterkünfte in modularer Bauweise (MUF) errichtet, geplant sind 32, insgesamt sollen es 60 werden.

Wir unterstützen und fördern gemeinsam mit den Bezirken das Entstehen neuer partizipativer Modelle, Bürger*innenbeteiligung ist uns vom ersten Tag an ein großes Anliegen. Runde Tische sind entstanden, Bürger*inneninitiativen werden in Entscheidungsfindungen einbezogen, neue Formen der Beteiligung werden von uns gefördert und unterstützt.



Wir haben uns auf einer Fraktionsklausur über politische Vorhaben für Bürger*innenbeteiligung bis 2021 verständigt. Wir wollen ressortübergreifend arbeiten und eine neue Beteiligungskultur, zum Beispiel in allen Bezirken offene Mieterberatungen schaffen, die städtische Wohnungsbaugesellschaften darin unterstützen, Mieter*innen und Anwohner*innen bei Bauprojekten einzubeziehen, die Mieter*innenbestimmung stärken. Wir wollen gemeinsam Berliner Leitlinien für die Beteiligung von Bürger*innen erarbeiten und niedrigschwellige Verfahren zur Beteiligung ausbauen.



Auch wenn es ein langer Weg wird, weil so viel versäumt wurde in den vergangenen Jahren: Berlin wird Fahrradstadt und dafür werden die Radwege ausgebaut.

Wir haben als erstes Bundesland einen Gesetzentwurf (Änderung des Berliner Energiewendegesetzes) zum Ausstieg aus der Kohle vorgelegt und die Berliner Stadtwerke von ihren Fesseln befreit, so dass sie unsere Stadtwerke werden und sein können.

Für die Sanierung von Schulen wurden 200 Millionen Euro bereitgestellt.

Der Preis für das Sozialticket wurde von 36 Euro auf 27,50 Euro gesenkt.



Wir haben mit den mühevollen, aber notwendigen Gesprächen über die Stärkung der Berliner Verwaltung, die bessere Ausstattung mit Personal und die in den vergangenen Jahren versäumte Wertschätzung der Menschen, die in der Verwaltung arbeiten, sowie über angemessene Lohn- und Gehaltsentwicklung begonnen.

Carola Bluhm, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus

BÜRGER*INNENDIALOG

Anett Vietzke und Katharina Mayer
der Linksfraktion in der BVV Berlin Mitte

laden ein

zur gegenseitigen Beratung auf Augenhöhe zwischen Bürger*innen, Kiezexpert*innen, Wutbürger*innen, Gutbürger*innen, Politikverdrossenen, Aktivist*innen, Engagierten, ... und Kommunalpolitiker*innen.

Ziel ist der Austausch

über drängende Probleme, kommunalpolitischen Fragen und Antworten, Vernetzung und Mobilisierung und transparente Politik.

JEDEN 2. FREITAG IM MONAT

16:00 – 18:00

im LINKSTREFF

Malplaquetstr. 12

13347 Berlin - Wedding

Das ist das Letzte

Das Letzte bei der Bundestagswahl wäre, nicht hinzugehen! Mancher hat zwar manche Gründe. Aber raushalten ist auch mitmachen, nur auf der falschen Seite! Der Anlass ist oft die Verspätung der Bahn, die Erhöhung der Miete oder die endlosen Wartestunden bei Ämtern und Ärzten. Aber am Ende wiegt diese Wut auf der Waage der Weltpolitik, denn Deutschland spielt in der oberen Liga. Da darf man nicht denken: „Pfeif auf die Särge der Bundeswehr und den Frieden!“ „Zum Teufel mit dieser kochenden Erde und den Elendsopfern!“ „Lasst doch die Nazis in den Reichstag einmarschieren; ist doch wieder Mode in Europa!“

Aber genau das fördert jeder Wähler, der nicht wählt. Deshalb ist auch gar nicht egal, welche Partei er wählt. Die klingen zwar ähnlich, aber deren Ansichten und Absichten gehen doch weit auseinander. Wer statt dem Regierungswechsel einen Richtungswechsel verlangt, muss die Linken stärken. Das sind keine Wunderheiler, aber Anwälte für das Gemeinwohl. Die nehmen nicht hin, dass die Superreichen die Sahne abschöpfen. Dass der Ost-West Ausgleich der Renten und Löhne weitere acht Jahre dauert. Dass die Miethäuser zu Goldfischen werden. Dass ein Soldat mehr kostet als hundert Abiturienten. Dass die Bankhäuser mehr Einfluss haben als die Rathäuser. Das klebt wie Hundekacke an diesem System.

So scheint auch die kommende Wahl schon entschieden, weil sich wieder fünf Parteien (CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne) um den politischen Beischlaf bei Mutti Merkel bemühen. Was dieser Chor singt und bringt, kennen wir. Die Milliardäre kichern, aber wir zählen die Groschen. Die Bundeswehr eilt an alle Fronten. Die Braunen machen sich breit. Europa hat Schüttelfieber. Die USA spielen verrückt. Da fühlt man sich neben den Linken doch wirklich wohler. Und die Stimmenabgabe bleibt ja geheim!

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte

der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin

© **Fotos:** Orlando El Mondry, Gerald Zörner und Matthias Herold

Redaktionsschluss: 27.06.2017

Ausgabetag für Nr. 09/2017 – 07.09.2017

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE. mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats**
von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats**
im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Jeden Mittwoch im Monat kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Nina Jenny Soest** und **Christian Wisch** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51.

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung **mittendrin** per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an

info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

SUDOKU

(leicht)

2	9							6
	8	1	3	6				7
3	6	7		4				5
4	1				3			
7	3	6	4	8		1		
	2		6					4
	5		2					
		2	1		7	3	6	
6	3	8				5		

(schwer)

			5					3
		9		8				
						4	1	
		2					7	
3						6		
1	4							
			1		3			8
	2							
	9							

„... oder: Wem gehört die Welt?“
LINKE KINONACHT am 22.09.2017
Eintritt frei!
www.linkekinonacht.de
Zentrum für Kunst und Urbanistik
Siemensstraße 27 (U-Bhf. Birkenstr.)

Sommerfamilienfest
16. September im Kreativhaus
Spaß und Sport für Kinder, Musik, Lesungen und Politik für die Erwachsenen und viele Überraschungen!
15 - 18 Uhr, Kreativhaus, Fischerinsel 3, U-Bahnhof Märkisches Museum
Eintritt frei!

Antifaschistische Konferenz
zum 72. Tag der Erinnerung und Mahnung
Erinnerungskultur im Wandel und vor neuen Herausforderungen
deutschland wiedergutmacht?
8. - 10. September 2017
TU-Berlin
www.tag-der-mahnung.de